

A b s c h r i f t .

P R O T O K O L L

über die am 1. Dezember 1913 abgehaltene Landtagsitzung.

Anwesend sind der Herr Regierungskommissär und sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme des wegen Krankheit verhinderten Franz Beck.

I. An neuen Einläufen werden bekannt gegeben : 1. Subventionsgesuch der Gemeinde Balzers und der Alpgenossenschaft Guschgfiel, 2. Neuwahl der Sparkassa-Kommission und des Landeschulrates.

II. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

III. Nachdem eine Generaldebatte über den Landesvoranschlag für 1914 nicht gewünscht wurde, schritt man zur (Spezialberatung) ersten Lesung.

Administration und Gerichtswesen
Es wird zu Post II und III folgender Antrag verlesen :

„Die Kommission anerkennt die Notwendigkeit der Gehaltsregulierung an, hält auch dafür, daß mit der Gewährung von Teuerungszulagen nicht entsprochen ist, sondern eine gründliche Regulierung erfolgen sollte, die für eine Reihe von Jahren entspricht; sie ist jedoch der Ansicht, daß dieses Jahr in Anbetracht der allgemeinen Notlage der hiesigen Landwirtschaft nicht der richtige Zeitpunkt für die Durchführung dieser Regulierung ist. Es wird jedoch beantragt, schon dieses Jahr eine Kommission zu wählen, welche mit der fürstlichen Regierung die für die nächste Session einzubringende Vorlage betreffend die Regulierung der Beamten- und Lehrergehälte zu beraten hat.“

Zur Sache spricht der Herr Regierungskommissär :

In Oesterreich steht gegenwärtig eine Dienstpragmatik für Staatsbeamte und Staatsdienerschaft in Verhandlung, durch

welche die Dienstverhältnisse, Stellung, Bezüge, Zeitvorrückung, Pensionierung x. x. geregelt werden sollen. Während in Oesterreich zur Aufbringung der Kosten für die Durchführung der betreffenden Vorschriften neue Steuern eingeführt werden müssen, wären hierlands die Mittel zu einer Besserstellung der Beamten und Diener schon vorhanden und brauchten hiefür keine neuen Steuerquellen erschlossen und der Bevölkerung keine neuen Lasten aufgebürdet werden. Aus dem Postpauschale, den Zolleinkünften, den Ergebnissen der Münzprägung wären die Mittel schon beigestellt. Für Viehzucht werden Beträge ausgeworfen, wie in keinem andern Lande; es wird heuer der Landwirtschaft in umfangreichem Maße geholfen werden und es würde der Billigkeit entsprechen, wenn die Bezüge der Beamten auf die gleiche Höhe wie anderwärts gebracht würden; die Motive des Kommissionsantrages seien zwar zu würdigen, doch sei trotzdem eine Teuerungszulage bis zur Regelung der Gehalte zu empfehlen. Bei einer Regelung der Beamtengehalte müssen auch die Diätenbezüge und die mangelhaften Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen ins Auge gefasst werden. Die Pensionen für Beamte und Lehrer sind keine Geschenke, indem beide Teile Beiträge zu leisten haben.

Abg. F e g e r führt aus : Die im letzten Jahre von der Finanzkommission beanständete rasche Aufeinanderfolge der Gesuche der Lehrer hat ihren Grund in der Notlage der Lehrer und in dem Wunsche, der Landtag möge das Versprechen einlösen, das er im Jahre 1908 gegeben: die Gehaltsbezüge der Lehrer Liechtensteins denen der Lehrer Vorarlbergs gleichzustellen. In den letzten Jahren, welche für die Landwirtschaft durchaus keine ungünstige waren, sind gerade die landwirtschaftlichen Produkte: Fleisch, Butter, Eier, Käse ganz bedeutend im Preise gestiegen, aber nicht mehr zurückgegangen

die Arbeitslöhne sind gewaltig in die Höhe geschneilt; die meisten Lehrer sind unter sonst normalen Familienverhältnissen gezwungen, Kredit in Anspruch zu nehmen; dem Bauernstande soll in der heurigen Notlage ausgiebig beigeprungen werden und dies mit allem Grunde. Es liegt kein stichhältiger Grund vor, an die Lehrer heuer nichts ausrichten zu wollen; die Mittel sind vorhanden; ich bitte bis zur Regelung der Gehaltsfrage um eine entsprechende Teuerungszulage.

Der Herr Präsident erwidert : Wenn schon eine Regulierung der Gehalte vorgenommen werden soll, so soll dies gründlich geschehen; kleine Aufbesserungen befriedigen nicht; die vorgebrachten Motive Fegers können nicht in Abrede gestellt, von einer Notlage der Lehrer kann aber nicht gesprochen werden. Die Gehalte in der benachbarten Schweiz sind noch geringer als bei uns. Der fix Besoldete ist immer noch besser daran als der Bauer, dessen Erlös aus Vieh, Obst, Wein heuer vollständig in die Brüche gegangen ist; eine Teuerungszulage wäre nicht unberechtigt; es müssten die Landweibel dann eine solche auch erhalten. Der Vorschlag kann nicht befürwortet werden, und die Kommission hat richtig geurteilt, wenn sie ein Eintreten auf den Antrag ablehnt. Auch Beamte erachten den jetzigen Zeitpunkt für eine Gehaltserhöhung als ungünstig; Es muß und soll der Landwirtschaft geholfen werden.

Die Pensionsverhältnisse der Hinterlassenen der Beamten müssen, wie der Herr Regierungskommissär hervorgehoben hat, anders gestaltet werden; Pensionen werden nunmehr auch in der Republik ausgesetzt. Unsere Pensionisten haben auf den Bezug einen Rechtsanspruch durch das Gesetz und die geleistete Einzahlung. Mit Rücksicht auf die in unserer Gegend

bestehende sehr teure Lebenshaltung muß auch in Angelegenheit der Diäten eine Aenderung geschaffen werden.

Abg. Walser schlägt vor, den einschlägigen Kommissionsantrag erst in nächster Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Zum Titel: Schulwesen liegt folgender Kommissionsantrag vor: „Nachdem in allen grösseren Gemeinden mit Ausnahme von Triesenberg und Balzers 2 Lehrer angestellt sind, wird die fstl. Regierung ersucht, im Falle Liechtensteiner Bürger als Bewerber vorhanden sind, für die Schulen in Triesenberg und Balzers an Stelle einer Lehrschwester einen zweiten Lehrer anzustellen.“ Walser macht den Zusatzantrag: Es sollen nur geprüfte Lehrschwestern angestellt werden.

Regierungskommissär: Wie Abg. Walser als Mitglied des Landesschulrates wissen muß, werden nur geprüfte Lehrerinnen angestellt; in Schaan ist noch eine ungeprüfte; der erste Antrag ist zu begrüßen; der Lehrer hat mehr Kraft zur Erziehung besonders der Knaben; Der Tätigkeit der Lehrschwestern müsse im allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Daß so wenig junge Leute sich dem Lehrfache widmen, dürfte seinen Grund in den wenig glänzenden Aussichten haben. Walser zieht den Ergänzungsantrag zurück.

Präsident: Den größeren Gemeinden soll man bieten, was man den kleineren geboten hat, also statt einer Lehrschwester einen 2. Lehrer anstellen; daß wenige sich dem Lehrerberufe widmen, liegt in dem Umstande, daß sie sich bei allfälligem Ueberschuß im Auslande einbürgern müssen; der starke Andrang zu den Gymnasien schafft ein gebildetes Proletariat; bei Erteilung von Stipendien sollten Besucher der Gewerbeschulen mehr berücksichtigt werden.

.|.

Regierungskommissär : Ein Bewerber mit gutem Gymnasialzeugnis kann nicht wohl abgewiesen werden; vor den Gymnasialstudien soll direkt gewarnt werden.

Alb. Wolfinger, Gabner und Feger begrüßen den Antrag der Kommission.

E. Wolfinger bemängelt eine entsprechende Unterkunft für die Realschüler aus den auswärtigen Gemeinden.

Präsident: Das alte Landgerichtsgebäude wäre für Schule und Pensionat geeignet gewesen; es fehlte aber an einer Wohnung für den Justizbeamten; die jetzige Unterbringung der Schule kann nur als Provisorium gelten; durch Erstellung eines neuen Realschulgebäudes mit Konvikt wäre auch die Frage einer Zentralschule gelöst.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Titel Verkehrswesen werden folgende Anträge verlesen und angenommen:

1. „Der Schnellzug Nr. 202 von Lindau trifft in Feldkirch um 2.53 nachmittags ein, während der Personenzug Nr. 413 nach Buchs schon um 2.22 nachmittags von Feldkirch abfährt. Es müssen also von Bregenz her eintreffende Reisende nach Liechtenstein und der Schweiz in Feldkirch bis zum Zuge um 4.32 nachmittags warten. - Da der Abgang des Personenzuges Nr. 413 von Feldkirch wegen Erreichung der Anschlüsse der Schweizer Züge leicht um zirka 35 Minuten später verlegt werden könnte, wird die fstl. Regierung ersucht, in diesem Sinne bei der k.k. Staatsbahndirektion vorstellig zu werden.“

2. „Da seit 1. Oktober d. Js. der Abgang des Zuges Nr. 429 von Feldkirch um zirka $\frac{1}{2}$ Stunde früher auf 6.48 morgens verlegt ist und von dieser Zeit bis 12.13 Uhr mittags kein Personenzug mehr von Feldkirch nach Schaan verkehrt, der

auch zur Fahrt von Mendeln nach Schaan benützt werden könnte, wäre es ein Bedürfnis, für den hiesigen Lokalverkehr, daß der vom 1. Juli bis 15. September von Feldkirch um 9.48 vormittags nach Buchs abgehende Personenzug auch die übrige Zeit des Jahres verkehren würde, zumal um die gleiche Zeit ohnehin eine Lokomotive mit Personal leer von Feldkirch nach Buchs fährt und also die Einlegung dieses Personenzuges der k. k. Staatsbahn keine großen Kosten verursachen würde.

Die fstl. Regierung wird deshalb ersucht, bei der k. k. Staatsbahndirektion wegen Einführung dieser Zugverbindung zu intervenieren."

Der Herr Regierungschef sagt die bezügliche Intervention zu und betont, daß es System der Staatsbahnen sei, den großen Verkehr auf Kosten des Lokalverkehrs zu fördern.

Abg. Ospelt: Da für Vaduz jetzt ein eigener Briefbote bestellt ist, sollten die um 10.⁵⁰ vorm. von Schaan eintreffenden Briefe noch mittags, nicht erst abends von 7 - 8 zugestellt werden.

Regierungskommissär: Es soll eine bezügliche Eingabe an die fstl. Regierung eingebracht werden und die Angelegenheit wird an die Postdirektion geleitet werden. Des weitern bringt die Kommission folgenden Antrag ein :

Der Landtag ersucht die fstl. Regierung dringend, bei dem " k. k. österr. Handelsministerium einzuschreiten, damit Art. 4 Punkt 1 des Postübereinkommens vom 22. Oktober 1911 dahin abgeändert werde, daß die Liechtensteiner Frankomarken nicht nur zu 5, 10 und 25 Heller, sondern in sämtlichen Nennwerten, wie in Oesterreich, sowie auch liechtensteinische Korrespondenzkarten zur Ausgabe gelangen; ferner wolle darauf gedrungen werden, daß die im Art. 10 des erwähnten Uebereinkommens vorgesehene Pauschalierung des Ueberschusses aufgehoben und der wirkliche Hälfteanteil dieses Ueberschusses unserer Landeskasse zufällt.

Nachdem durch die Ausgabe sämtlicher Markenwerte speziell im ersten Jahre aber auch später in Liechtenstein eine ganz bedeutende Mehreinnahme für die Postverwaltung sicher zu erwarten wäre, wovon die Hälfte dem k.k. Postärar zufällt, hofft der Landtag auf ein diesbezügliches Entgegenkommen des k.k. Handelsministeriums und erwartet speziell auch die Ausserkraftsetzung der erwähnten Pauschalierung v o r Hinausgabe der neuen Marken. Bemerkte wird, daß die hier verkehrenden Fremden im allgemeinen erstaunt darüber sind, daß die Liechtensteiner Marken nicht in allen Werten herausgegeben werden; es ist auch kein Grund bekannt, warum solches nicht ausgeführt werden sollte, zumal dadurch ^{vor} sohl für das österreichische Postärar als auch für unsere Landeskasse ein ganz bedeutendes Mehrertragnis zu erwarten wäre."

Herr Regierungs-Chef: Bei den Verhandlungen bez. der Einführung der jetzigen Markenwerte waren große Schwierigkeiten zu überwinden; ich werde im Sinne des Antrages zu wirken suchen.

Abg. Walser: Es wird anerkannt, daß durch die Bemühungen des Herrn Kabinetts-Rates das Postübereinkommen zustande kam; er wolle seinen Verdiensten ein neues Verdienst beisetzen, indem er diese Angelegenheit zu einem guten Abschlusse bringt; aus den zu erhoffenden Mehreinnahmen soll das Land den Briefboten eine direkte Zulage verabfolgen.

Herr Regierungskommissär: Nachdem das Aerar die Entlohnung der Briefboten an sich gezogen, kann ein bezügliches Eingreifen seitens des Landes Schwierigkeiten im Gefolge haben.

Präsident :Die Regierung soll das Aerar beeinflussen, die Botenlöhne zu erhöhen, wenn ohne Erfolg, soll das Land einen Zuschuß geben. Auf postalischem Gebiete haben wir in finanzieller Hinsicht Fortschritte gemacht und ich pflichte Herrn Walser bei, daß dem Herrn Regierungschef das günstige Ergebnis zu danken ist und es darf auch auf einen günstigen

Ausgang der weiteren bezüglichen Verhandlungen gehofft werden.

Der Antrag wird angenommen.

Der Herr Regierungs-Chef teilt mit, daß ein Konzessionsgesuch eingereicht worden sei für einen regelmäßigen Autoverkehr von Rankweil über Feldkirch nach Balzers und zurück.

Zum Titel: "Hebung der Gemeindewaldwirtschaft" liegt folgender Kommissionsantrag vor :

"Der Landtag ersucht die fstl. Regierung, sich mit dem Landesausschusse von Vorarlberg deshalb ins Benehmen zu setzen, damit zu den in Vorarlberg veranstalteten Kursen für Waldaufseher auch solche aus Liechtenstein zugelassen werden."

Abg. Ospelt begrüßt die Ausbildung der Waldaufseher; dem Wildschaden wäre ein vermehrtes Augenmerk zuzuwenden.

Präsident: Der Schaden durch die Schälhirsche ist in den Gemeinde- und fstl. Waldungen ein sehr großer und die fstl. Regierung wird ersucht, hierin Abhilfe zu schaffen.

Herr Regierungschef: Nach gepflogener Rücksprache mit dem Fürsten wurde dem Forstamte der Auftrag gegeben, das Wild nach Notwendigkeit abzuschließen; dieser Auftrag soll wieder erneuert werden.

Hoop wünscht, daß mit der Korrektur der Straße nach Nofels fortgefahren werde.

Abg. Walser und der Präsident machen darauf aufmerksam, Rufe-, Rhein-, Straßen- und Grabenarbeiten während der gegenwärtigen verdienstlosen Zeit ausführen zu lassen, wozu Herr Regierungschef bemerkt, daß in dieser Hinsicht auch das Budget in Betracht zu ziehen sei.

Der Präsident fragt an, wie weit die Erhebungen bezüglich des Lawenwassers gediehen seien. Die Gemeinde Schaan stehe auf dem Punkte, mit Feldkirch einen Abschluß zu machen und

da Schaan ein beträchtlicher Abnehmer für Kraft und Licht werde, so soll ein Abschluß mit Feldkirch noch hintangehalten werden.

Walsert bemerkt, wenn die frage bezüglich des Lawenawerkes dieses Jahr nicht zur Erledigung komme, will Schaan mit dem Abschluß nicht länger zuwarten.

Der Herr Regierungschef erklärt, daß durch das ungünstige Wetter im heurigen Sommer sich die Aufnahmen im Lawenatobel verzögert hätten, das Projekt sich jetzt in Arbeit befinde und im Laufe Dezember l. Js. fertig sein könne; im weiteren verweise er auf die früheren diesbezüglichen Erklärungen.

Schluß der 1. Lesung des Budgets um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr.

gez. Feger

" E. Wolfinger.

In der heutigen Sitzung genehmigt.

gez. Dr. A. Schaedler,

Vaduz, 4. / 12. 1913.